



Berlin, 21.05.2024

Beschluss: Der Krieg in Israel und Palästina. Für Mitgefühl mit allen Opfern, Menschenrechte und ein solidarisches, friedliches Zusammenleben in Neukölln

*Antragsteller*in: Vorstand Kreisverband Neukölln. Angenommen auf der Mitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln am 21.05.2024*

Als Bündnis 90/Die Grünen Neukölln stehen wir an der Seite aller Menschen in unserem Bezirk, die sich für ein friedliches Miteinander und gegen Antisemitismus, anti-muslimischen Rassismus und jede Art von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit engagieren. Diese Kämpfe müssen gemeinsam geführt werden und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Der Angriff der Terrororganisation Hamas und anderer bewaffnete Gruppen auf Israel am 7. Oktober hat circa 1.100 Todesopfern gefordert, über 230 Menschen wurden entführt. Dieser Überfall war in seiner Grausamkeit extrem schockierend. Die Massaker an den Bewohner*innen von Kibbuzim und Besucher*innen eines Musikfestivals, die Vergewaltigungen und die andauernde Geiselnahme richteten sich gezielt gegen die israelische Zivilbevölkerung, darunter Kinder, Frauen und Senior*innen. Sie stellen schwerste Kriegsverbrechen dar und können durch nichts gerechtfertigt werden. Viele der Entführten sind bis heute in der Gewalt der Hamas und ihrer Verbündeten, die bis heute israelisches Staatsgebiet und israelische Bürger*innen mit Raketenangriffen und anderen Terrorakten bedrohen.

Seit nun sieben Monaten führt Israel Krieg in Gaza. Die andauernden schweren Luftangriffe, die Bodenoffensive und die Kämpfe zwischen der israelischen Armee und der Hamas verursachen schwerstes Leid in der palästinensischen Zivilbevölkerung. Seit Beginn des Krieges sind im Gazastreifen laut der WHO über 30.000 Menschen getötet und etwa 100.000 verletzt worden. Die Mehrheit der Opfer sind Frauen, Kinder und andere Zivilist*innen. Hunderttausende Menschen sind innerhalb des Gazastreifens auf der Flucht und ohne sichere Unterkünfte. Ihr Leben ist bedroht. Das Gesundheitssystem ist völlig zusammengebrochen und Krankheiten breiten sich aus. Hunger und Unterernährung verschlimmern sich täglich, auch weil die israelischen Behörden Hilfslieferungen bisher nicht oder nicht ausreichend in den Gazastreifen lassen. Das Welternährungsprogramm spricht von einer Hungersnot. Große Teile des Gazastreifens sind für Jahre unbewohnbar, sehr viele der Gebäude sind zerstört oder schwer beschädigt. Seit mehreren Monaten kündigt die israelische Regierung eine militärische Offensive auf die Stadt Rafah an, wohin in den letzten Monaten über 1,3 Millionen Menschen geflüchtet sind. Diese Offensive würde die jetzt schon unvorstellbare humanitäre Lage weiter verschlimmern. Gleichzeitig spitzt sich die Lage im besetzten Westjordanland in den letzten Monaten zu.

In Neukölln leben Menschen aus der ganzen Welt, Palästinenser*innen und Menschen mit palästinensischer Migrationsgeschichte, Jüd*innen und Israelis. Die lokale Politik in Neukölln kann das Leid in Palästina und in Israel nicht verhindern. Wer etwas Anderes behauptet, ist nicht ehrlich. Dennoch steht unser Bezirk seit dem 7. Oktober immer wieder im öffentlichen Fokus. Der Konflikt und die Art, wie darüber gesprochen wird, haben direkte Auswirkungen auf das Zusammenleben in Neukölln.

Jüd*innen und Israelis in Neukölln sind nach dem Massaker der Hamas erschüttert. Sie trauern um die Ermordeten und sind in Angst um die entführten Geiseln. Sie erleben seit dem 7. Oktober 2023 verstärkt antisemitische Anfeindungen und fühlen sich in den Straßen unseres Bezirks nicht mehr sicher, wenn sie zum Beispiel hebräisch sprechen oder ein hebräisches Buch in der U-Bahn lesen. Gewaltsame Übergriffe, wie auf den jüdischen Berliner Studenten Lahav Shapira, und Angriffe auf jüdische Einrichtungen zeigen, dass diese Bedrohung real ist.

Viele Palästinenser*innen in Neukölln sind durch eigene Gewalterfahrungen und Erfahrungen in ihrer Familie im Kontext von Vertreibung und Flucht belastet. Jetzt trauern sie um die Opfer des Krieges und sind in ständiger Angst um ihre Familienmitglieder und Freund*innen. Im vergangenen Monat Ramadan sind Muslim*innen in Neukölln jeden Abend zusammengekommen. Sie haben gemeinsam das Fasten gebrochen, aber auch mit Schrecken und Wut über die Brutalität der israelischen Kriegsführung in Gaza und den gestiegenen anti-muslimischen Rassismus gesprochen, den sie in ihrem Alltag erfahren.

Für uns als Grüne Neukölln sind die folgenden Grundwerte nicht verhandelbar: Die Menschenrechte und die völkerrechtlichen Regeln des Krieges – das humanitäre Völkerrecht – sind universell. Sie gelten bedingungslos, egal ob eine Konfliktpartei sich vorher daran gehalten hat oder nicht. Wir sind solidarisch mit allen Menschen, deren Rechte verletzt werden, und stehen an der Seite aller Menschen, die ihre Stimme gegen Menschenrechtsverletzungen erheben. Wir zeigen Empathie mit allen Opfern von Krieg und Gewalt. Wir trauern um sie unabhängig von ihrer Herkunft und sprechen ihnen niemals ihre Menschlichkeit und Menschenwürde ab.

Wir brauchen Differenzierung und Empathie in der Debatte. Wir verurteilen die Verherrlichung des Hamas-Massakers auf der Sonnenallee und in den sozialen Medien und die fehlende konkrete Solidarität und Anteilnahme mit jüdischen und israelischen Menschen. Für uns ist klar, dass das Existenzrecht Israels und die Solidarität mit der israelischen Bevölkerung nicht im Widerspruch zum Recht auf Leben, Frieden und Selbstbestimmung der Palästinenser*innen steht.

Insbesondere in den letzten Monaten hatten aber auch Menschen palästinensischer Herkunft häufig den Eindruck, dass es keinen Raum für ihre Trauer und die Sorge um das Leben, das Zuhause und die Sicherheit ihrer Angehörigen gibt und dass die Realität im Gazastreifen in der deutschen Debatte verharmlost wurde. Der Eindruck von Gleichgültigkeit und Doppelstandards schädigt das Vertrauen in unsere Demokratie und belastet das Zusammenleben in Neukölln.

Vor diesem Hintergrund formulieren wir die folgenden **Positionen und Forderungen**:

Wir unterstützen die Forderung nach einem sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand, genauso wie den sofortigen Zugang zu ausreichend humanitärer Hilfe für die Menschen im Gazastreifen. Das ist keine Frage der Politik, sondern eine Frage der Menschlichkeit auf Basis internationalen Rechts.

Wir fordern eine sofortige und bedingungslose Freilassung aller Geiseln durch die Hamas. Alle Konfliktparteien müssen das humanitäre Völkerrecht achten. Langfristiges Ziel muss eine gerechte politische Lösung im Rahmen einer Zweistaatenlösung in den Grenzen von 1967 sein.

Wir sind solidarisch mit den Menschen in Neukölln, in Israel und Palästina, die sich für akute Nothilfe und die Menschenrechte einsetzen. Das sind zur Zeit besonders humanitäre Helfer*innen und Journalist*innen, die im Gazastreifen täglich ihr Leben riskieren, aber auch israelische, jüdische und palästinensische Friedensaktivist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Kriegsdienstverweigerer*innen und Künstler*innen. Solidarität mit Israel bedeutet für uns Solidarität mit der israelischen Gesellschaft, gerade auch der regierungskritischen Zivilgesellschaft.

Wir stellen uns gegen pauschale Demonstrationsverbote. Das Recht, für seine Meinung öffentlich einzustehen und sich versammeln zu dürfen ist ein hohes Gut. Das gilt für das Gedenken an die getöteten Palästinenser*innen und Israelis gleichermaßen. Friedliche Demonstrationen, die Verletzungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte kritisieren und für eine gerechte, friedliche Lösung des Konflikts eintreten möchten, sind legitim. Das gilt auch für andere berechnete politische Forderungen der palästinensischen Gemeinschaft wie das Recht der Palästinenser*innen auf Selbstbestimmung und ein Ende der völkerrechtswidrigen Besetzung des Westjordanlandes und der Blockade des Gazastreifens. Gleichzeitig ist klar, dass die Verherrlichung von Kriegsverbrechen, Volksverhetzung und Aufrufe zur Gewalt strafrechtlich verfolgt werden müssen. Demonstrationsverbote müssen individuell geprüft werden. Die Versammlungsfreiheit darf nicht pauschal und dauerhaft eingeschränkt werden. Maßnahmen wie der Entzug von Fördermitteln – etwa für freie Träger in der Jugendarbeit – dürfen nicht vorschnell, ohne rechtsstaatliche Überprüfung und auf Grundlage vager Kriterien geschehen. Die Versammlungs- und Meinungsfreiheit dürfen nicht pauschal und dauerhaft eingeschränkt werden.

Wir lehnen die vom Senat geplante Wiedereinführung des Ordnungsrechts an Hochschulen **ab**. Für die kurzfristige Schutzwirkung für Betroffenen entfaltet Ordnungsrecht nur eine bedingte Wirkung. Es braucht viel mehr ein effektiv nutzbares Hausrecht, das auch konsequent genutzt wird. Ein Ordnungsrechtverfahren soll nur unter dem Aspekt der Verurteilung nach einer Gewalttat möglich sein, die die körperliche Unversehrtheit von anderen Mitgliedern der Hochschule gefährdet.

Wir bekennen uns zum Kampf gegen jeden Antisemitismus. Antisemitismus ist Ideologie, Hass, Diskriminierung und Gewalt, die sich gegen Jüd*innen richtet, weil sie Jüd*innen sind. Der Anstieg antisemitischer Vorfälle in den vergangenen Monaten bestürzt uns sehr. Wir sind solidarisch mit den Betroffenen. Niemand darf in Neukölln Opfer von Hass und Hetze werden, weil sie*er Jüd*in ist. Der Kampf gegen Antisemitismus ist eine niemals beendete Aufgabe. Er betrifft die gesamte Gesellschaft in Deutschland, weil Antisemitismus in der gesamten Gesellschaft existiert. Dabei müssen auch linke, antiimperialistische, antirassistische und andere politische Bewegungen kritisch reflektieren und sich mit antisemitischen Denkmustern auseinandersetzen.

Wir kritisieren das Narrativ des „importierten Antisemitismus“. Es führt zu einem Generalverdacht gegen als muslimisch gelesene Menschen. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die größte Zahl von antisemitischen Vorfällen in den letzten Jahren von rechtsextremen Täter*innen begangen wird, ist das Narrativ des importierten Antisemitismus besonders zynisch und irreführend. Antisemitische Denkmuster können nur überwunden werden, wenn wir sie als das erkennen, was sie sind: gesamtgesellschaftliche Probleme, gegen die wir gemeinsam eintreten müssen.

Wir stellen uns klar gegen jeden anti-muslimischen Rassismus. Seit dem 7. Oktober berichten auch Muslim*innen und als muslimisch gelesene Menschen von einer Zunahme von Diskriminierung, Anfeindungen und Übergriffen gegen sie. Antisemitismus kann nicht mit anti-muslimischem Rassismus bekämpft werden.

Wir setzen uns für eine offene und solidarische Gesellschaft ein. Dem Hass dürfen wir keinen Raum geben. Berliner Initiativen, die sich gegen Antisemitismus und Rassismus einsetzen und Bildungsarbeit leisten, müssen vom Berliner Landeshaushalt mehr Förderung erhalten.

Wir kritisieren den Beschluss der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung, die Broschüre #MythosIsrael1948 in Schulen zu verwenden. Der gegen die Stimmen der Grünen BVV-Fraktion gefasste Beschluss ist reine Symbolpolitik, weil das Bezirksamt nicht für Schulmaterial zuständig ist. Selbst wenn die Broschüre nicht in Schulen zum Einsatz kommt, ist der Beschluss problematisch. Es entsteht der Eindruck, dass das Bezirksamt eine einseitige Sicht auf den israelisch-palästinensischen Konflikt durchsetzen und die Erfahrungen und Lebensgeschichten von Palästinenser*innen leugnen möchte. Im Sinne des schulischen Auftrages ist das kontraproduktiv: Viele Kinder in Neukölln leiden selbst unter der Kriegssituation im Gazastreifen, die sie über die sozialen Medien und ihre Familien verfolgen. Dieser emotionalen Belastung und Traumatisierung der Schüler*innen müssen Lehrer*innen und Schulen mit Sensibilität begegnen. Um den Konflikt in Schulen besprechbar zu machen, einzuordnen und Vorurteilen und Falschinformationen entgegenzuwirken, darf nicht einseitig eine richtige Version der Geschichte festgelegt werden. Stattdessen braucht es multiperspektivische Ansätze, die der Komplexität des Konflikts gerecht werden, und genügend Unterstützung für Lehrer*innen und Eltern, um diese Ansätze umzusetzen.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich weiter und mit allen verfügbaren diplomatischen Mitteln für einen sofortigen, dauerhaften Waffenstillstand und eine ausreichende humanitäre Versorgung der Menschen in Gaza sowie die Freilassung der israelischen Geiseln einsetzt. Als Teil der internationalen Gemeinschaft muss die Bundesregierung dafür einstehen, dass alle Verantwortlichen für Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte zur Rechenschaft gezogen werden. Das Leid sowie die legitimen Forderungen der deutsch-palästinensischen Gemeinschaft müssen dabei ernst genommen und anerkannt werden. Ebenso muss auf die Bedürfnisse, Sorgen und politischen Forderungen von Jüd*innen und Israelis in Berlin und Deutschland eingegangen werden.

Friedliches Zusammenleben in Neukölln

Unser Bezirk ist ein Symbol gesellschaftlicher Vielfalt. Trotz mancher Konflikte und sozialen Härten gelingt in Neukölln jeden Tag das Zusammenleben unterschiedlicher Menschen auf engem Raum. Dieses Zusammenleben funktioniert, weil wir einander mit Respekt, Toleranz und Solidarität begegnen. In einem Bezirk, in dem Menschen mit persönlichen Bezügen nach Israel und Palästina leben, in dem sie um Angehörige bangen und trauern, gehört es dazu, dass Wut, Protest und politischer Streit auch im öffentlichen Raum Platz finden. Das ist Teil unserer pluralistischen Demokratie. Gerade in dieser angespannten Situation dürfen wir aber die Grundwerte, die unser Zusammenleben in Neukölln möglich machen, nicht aufgeben. Die Arbeit gegen Antisemitismus, anti-muslimischen Rassismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit kann nur zusammen gelingen. Lasst uns den Blick auch darauf richten, wo das gelingt. Lasst uns den Schmerz und das Leid der Anderen anerkennen. Lasst uns weiter miteinander sprechen und diese Ziele nicht gegeneinander ausspielen.